

# "Vorausschauende Personalpolitik sieht anders aus"

GEW im Kreis kritisiert die Pläne der grün-roten Landesregierung, Lehrerstellen zu streichen - Ernüchterung in den Lehrerzimmern



Farina Semler und Michael Kuckenburger

**Von Werner Held**

SINDELFINGEN/KREIS BÖBLINGEN. Was die Personalpolitik der grün-roten Landesregierung im Bildungswesen betrifft, fühlt sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an die Zeiten Gerhard Mayer-Vorfelders erinnert. Auf einer Pressekonferenz gestern in Sindelfingen rechneten Mitglieder des GEW-Kreisverbands Böblingen vor, dass die Lehrerkollegien, die jetzt schon strukturell unterbesetzt seien, angesichts neuer Herausforderungen in der Pädagogik eine Kürzung der Stellen nicht vertragen würden, auch wenn die Zahl der Schüler in den nächsten Jahren sinkt.

99000 Lehrkräfte unterrichten derzeit 1,2 Millionen Schüler(innen) an den allgemein bildenden Schulen im Land. Bis 2020 sinkt die Schülerzahl um 100000. Der Landesrechnungshof fordert deshalb, dass das Land weniger Lehrer beschäftigt. Durch den "demografische Rendite" würden bis 2020 14100 Jobs in den Schulen überflüssig, rechnet er vor. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat im Bestreben, den Landeshaushalt zu sanieren, die Streichung von 11600 Lehrerstellen ins Auge gefasst.

Für die GEW ist das ein Unding. Eine Stichprobenerhebung im November habe ergeben, dass an Gymnasien, beruflichen und Realschulen zwischen drei und vier Prozent des Unterrichts ausfallen, sagt die GEW-Kreisvorsitzende Farina Semler. "Das ist ungefähr eine Stunde pro Klasse und Woche", erklärt sie. Zudem würden die Lehrer eine Bugwelle von Überstunden vor sich herschieben, die sich auf 1400 Deputate an Gymnasien und 1800 Deputate an beruflichen Schulen summiere. "Da fällt an einer Schule ein Chemielehrer aus und der Kollege springt ein, weil er die Klasse nicht hängen lassen will", nennt GEW-Aktivist Michael Kuckenburg ein Beispiel. Hinzu kommen Vertretungskräfte für Langzeiterkrankte. 1183 Deputate veranschlagt die GEW dafür.

Auch Veränderungen in der Schullandschaft seien nur mit mehr Personal zu bewerkstelligen. So stehe die Einlösung des Versprechens, den Klassenteiler an Gymnasien und Realschulen von 30 auf 28 Schüler zu senken, noch aus. Und Grün-Rot habe im Koalitionsvertrag einen "Bildungsaufbruch" vereinbart, der eigentlich aus der "demografischen Rendite" finanziert werden sollte. Die Einführung der Ganztagschule, Unterricht, der nach Begabung und Leistungsstand der Schüler innerhalb der Klasse differenziert, und die Inklusion von behinderten Kindern würden ebenfalls Personalressourcen fordern.

Die Personalpolitik des Landes, bemängelt die GEW, werde aber nicht nur auf dem Rücken der Schüler, sondern auch auf dem Rücken von Abgängern von Lehramtsstudiengängen ausgetragen. Das Referendariat von Martin R. (Name geändert) beispielsweise endet am 31. Juli. Der 27-Jährige, der Deutsch und Geschichte unterrichten will, hat sich bislang vergeblich um eine Lehrerstelle fürs kommende Schuljahr beworben. Wenn er im Nachrückverfahren keine Einstellungszusage mehr bekommt, kann er nur noch darauf hoffen, dass er als Krankheitsvertretung einen Job bekommt.

Nathalie K. (Name geändert) ist Krankheitsvertreterin. Seit die 29-jährige Deutsch-, Geschichts- und Religionslehrerin ihre Ausbildung beendete, unterrichtete sie an drei Realschulen. Vor diesem Schuljahr wurde sie vom Kreis Ludwigsburg in den Kreis Böblingen beordert. "Eine Woche vor Schulbeginn habe ich davon erfahren", erzählt sie. Am 26. Juli schickt sie der Staat wieder in die Arbeitslosigkeit. Wenn sie Glück hat, wird sie nach den Sommerferien wieder eingestellt. Nach dem ersten Vertretungsjahr erhielt K. nicht einmal Arbeitslosengeld, weil sie die Mindestbeschäftigungsdauer noch nicht erreicht hatte. Wenn sie arbeitet, sagt sie, bekomme sie 700 Euro weniger Gehalt als ihre verbeamteten Kollegen. Zudem würden die Jahre der Krankheitsvertretung nicht auf die Berufsjahre angerechnet, was wiederum weniger Geld im Portemonnaie bedeute.

"Es ist traurig, dass die jungen Kollegen auf fast erniedrigende Weise in den Beruf einsteigen und sich von einem Minijob zum nächsten hangeln müssen", klagt Michael Kuckenburg. Der 65-Jährige, der demnächst in den Ruhestand geht, sagt: "Wir haben kaum Kollegen zwischen 40 und 60 Jahren." Das liegt daran, dass CDU-Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder jahrelang nicht einmal Referendare mit einem Notendurchschnitt von 1,3 übernommen habe. Kuckenburg fürchtet, dass es jetzt wieder so wird. Doch "vorausschauende Personalpolitik sieht anders aus", hält er Grün-Rot vor.

In den Lehrerzimmern, in denen nach dem Regierungswechsel Aufbruchstimmung herrschte, sei Ernüchterung eingekehrt, sagt Kuckenburg. "78 Prozent der Baden-Württemberger wollen, dass mehr Geld in die Bildung gesteckt wird", zitiert Farina Semler eine Umfrage. "Und die Landesregierung" schiebt Michael Kuckenburg nach, "hat uns eine ‚Politik des Zuhörens‘ versprochen. Wir hoffen, dass sie den Menschen zuhört."